

LANDESGEMEINSCHAFT DER FREIEN WALDORFSCHULEN IN BERLIN-BRANDENBURG E.V.

DER BILDUNGSPOLITISCHE SPRECHER

Berlin, 15. September 2017

Sozialverträgliches Schulgeld an Berliner Waldorfschulen

Sämtliche Waldorfschulen in Berlin-Brandenburg entscheiden über die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern *finanzblind*. Das heißt, dass eine Entscheidung über die Aufnahme gefällt und den Eltern mitgeteilt wird, bevor man sich auf einen angemessenen, einkommensabhängigen Schulbeitrag einigt. So ist ausgeschlossen, dass ein Schulbesuch an fehlenden Finanzmitteln der Eltern scheitert.

Eine Erhebung vom 14. September 2017 an den 13 Berliner Waldorfschulen der Landesarbeitsgemeinschaft zeigt, dass für *mehr als ein Drittel* aller Schülerinnen und Schüler (1681 von 4791) an den Berliner Waldorfschulen die Eltern einen monatlichen Beitrag zur Schulfinanzierung von *weniger als 100 Euro* leisten.

Die aggressive Kampagne des SPD-Abgeordneten Joschka Langenbrinck gegen Schulen in freier Trägerschaft halten wir für unsachlich und deplatziert, die Vermutungen des Soziologen Marcel Helbig und des Juristen Michael Wrase vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), dass Schulen in freier Trägerschaft systemisch dazu geneigt seien, reichere Eltern zu bevorzugen, für falsch. Die Waldorfschulen in Berlin erheben keine verfassungswidrig hohen Schulbeiträge und bevorzugen auch nicht reichere Eltern. Trotzdem werden wir es sehr begrüßen, wenn Schulbeiträge zugunsten der Eltern gesenkt werden könnten, zum Beispiel durch Schulgeldersatzleistungen für ärmere Eltern. Es würde ausreichen, wenn das Land für solche Schüler einen Zuschuss in Höhe der Kosten zu zahlen bereit wäre, die für diese an einer vergleichbaren staatlichen Schule anfallen (derzeit werden nur Zuschüsse in Höhe von 93% der Personalkosten einer vergleichbaren staatlichen Schule und 0% der vergleichbaren Sach- und Gebäudekosten gewährt). Schulgeldfreiheit für ärmere Familien würde sicherlich erheblich dazu beitragen, Vorbehalte dieser Familien gegenüber Schulen in freier Trägerschaft zu senken.

Die gesetzliche Regelung in Berlin, dass Eltern sämtliche schulpflichtigen Kinder zunächst an der staatlichen Regelschule anmelden müssen, ist der sozialen Durchmischung nicht förderlich. Hier regen wir an, dass Eltern ihre Kinder direkt an der gewünschten anerkannten Ersatzschulen anmelden können, ohne sie gleichzeitig an der staatlichen Regelschule anmelden zu müssen.

Dr. Detlef Hardorp
Bildungspolitischer Sprecher der Waldorfschulen in Berlin-Brandenburg

Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen in Berlin-Brandenburg e.V.

DER BILDUNGSPOLITISCHE SPRECHER

Dr. Detlef Hardorp

Friedrich-Ludwig-Jahn-Str. 46, 14612 Falkensee

Tel: 03322 242624, Fax 03322 242724, email dh@waldorf.net